

Nachrichten für Naumburg

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bensch, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfeinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Throna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naumburg; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft in Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr
Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1,55 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1,55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die gespaltene Zeile 20 Pfg., amtl. 50 Pfg., Reklametext (Spez.) 50 Pfg., Tabell. 50% Aufschlag. Bei unbenutzten geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Bernruf: Amt Naumburg Nr. 2

Druck und Verlag: Günter & Co., Naumburg bei Leipzig, Markt 3

Nummer 66

Donnerstag, den 31. Mai 1928

39. Jahrgang

Amtliches.

In den nächsten Tagen findet die Erhebung der land- und forstwirtschaftlichen Bodenerhebung nach der Verordnung vom 30. April 1928 statt. Bei den Anbauern wird von heute ab Umfrage gehalten werden. Unter Umständen sind auch die Grundbesitzer zu befragen, um die auf die einzelnen Fruchtarten entfallenden Anbaukosten möglichst genau festzustellen. Die Angaben über die Anbaukosten haben zwar immer nur nach Behrler und Krug zu erfolgen. Es wird jedoch nachgefragt, die Angaben in Acker- und Quadratruten zu machen. Die Umrechnung wird dann hierorts erfolgen. Die Grundbesitzer, Eigentümer und Pächter oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, den mit der Erhebung Beauftragten jede gewünschte Auskunft zu erteilen.
Naumburg, am 30. Mai 1928. Der Stadtrat.

Allgem. Ortskrankenkasse Grimma-Land.

Sonnabend, den 9. Juni 1928, nachmittags 7/4 Uhr
im Gasthof „Stadt Leipzig“ zu Grimma
Soll eine Sitzung des Ausschusses stattfinden, zu der die Herren Mitglieder des Ausschusses und des Vorstandes hiermit ergebenst eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung 1927.
2. Der vorläufige Rechnungsabschluss auf das 1. Vierteljahr 1928.
3. Beratung des VIII. Nachtrages zur Dienstordnung.
4. Mitteilungen des Kassenvorstandes.

Grimma, am 29. Mai 1928.

Der Vorsitzende des Vorstandes.

Neftuno.

Selten genug ist's schon im gewöhnlichen Leben, daß Nachbarn sich lieben. Man neßt sich nicht, sondern man ärgert sich gegenseitig, und wenn man etwa gar auf demselben Hausflur wohnt, dann dauert es gewöhnlich nicht allzulange, bis der Krach da ist. Zwischen benachbarten Völkern ist's meist ebenso, und es wurde noch schlimmer, als die verschiedenen Friedensschlüsse die „Balkanisierung“ Südosteuropas bis an die Tore Wiens vorkubeten. Italien und der neue Jugoslawische Staat haben sich nie so recht vertragen, weil sie an Egoismus einander wirklich nichts mehr vorgeben konnten. Der Streit geht um die Herrschaft in der Adria, dem „mare nostrum“, also „unserem“ Meer, wie der Italiener sagt. Zwar ist die dalmatinische Küste von Triest bis an die Südgrenze des ehemaligen Montenegro jetzt jugoslawischem Besitz, aber gleich dahinter beginnt wieder die italienische Einflussphäre, Albanien nämlich, wo ja praktisch und tatsächlich Italien herrscht. Und dann kommt Griechenland, mit dem Italien in aller nächster Zeit ein Bündnis abschließen wird. Jugoslawiens Ausgang zur Adria ist also recht problematischer Natur.

Dabei fühlen sich die Bewohner dieser Südstrecke des Jugoslawischen Königreiches als ein auf sich gestellter, auf eigenen Füßen stehender Bestandteil. Schon im früheren Habsburgerreich erstrebten diese Slowenen und Kroaten eine größere Selbstständigkeit, unter Abtrennung von Ungarn. Die Habsburger haben aber nie die Kraft aufgebracht, diesen Willen zu nutzen, und mit Franz Ferdinand starb 1914 die letzte Hoffnung jener Völker. Die Serben und Belgrad fühlen sich — als Sieger — sehr erhaben über jene Zwangsuntertanen und wollen doch endlich mit Mussolini in ein besseres Verhältnis kommen. Rings ist man ja von nicht gerade befreundeten Nachbarn umgeben und daher vereinbart man mit dem „Duce“ die sogenannten Neftuno-Verträge, die jetzt in Belgrad selbst, aber natürlich vor allem in Dalmatien zu großen Demonstrationen der Slowenen und Kroaten gegen die eigene Regierung führten und in Italien die übliche Antwort fanden.

An und für sich handelt es sich bei diesen Verträgen nur um Vereinbarungen wirtschaftlicher und kulturpolitischer Art, die aber — und das ist das Entscheidende — den Italienern zweifellos eine „friedliche Durchdringung“ der Adria-Ostküste ermöglichen. Italien ist nahe, aber Belgrad ist weit und gegen die Folgen davon wehren sich die Dalmatiner ihrerseits. Die alten Bestrebungen nach größerer Selbstständigkeit sind auch keineswegs erloschen. Belgrad ist bei der ganzen Sache auch nur mit halbem Herzen, eigentlich nur gezwungen dabei. Aber sicherlich drückt England, der Freund Italiens, rät auch Frankreich, mit dem Jugoslawien vor kurzem noch ein enges Bündnis schloß, zum Abschluß der Neftuno-Verträge. Und Geld braucht Belgrad auch, eine Anleihe, die natürlich erst zu haben ist, wenn sich die Wolken über dem Balkan verzogen haben. Albanien ist und bleibt verloren. Mussolini, den es besonders ärgern mag, daß er bei den Demonstrationen noch persönlich verspottet wurde, schließt schon mit dem schwarzen Geschütz drohender roten, beschuldigt die Belgrader Regierung, diese in Gewalttätigkeiten ausartenden Demonstrationen nicht verhindert zu haben, verlangt Gemüthung usw., kurz, Belgrad befindet sich außenpolitisch in unangenehmer Lage, innenpolitisch nicht minder, weil die Dalmatiner im Parlament die beständige Obstruktion anknüpfen, wenn etwa wirklich die Neftuno-Verträge zur Ratifikation vorgelegt werden.

Theoretisch besteht ja einer der auch sonst so üblichen Freundschaftsverträge zwischen Italien und Jugoslawien, bloß merkt man in Wirklichkeit nichts rechtliches davon. Wenn nämlich die Interessen auseinanderplayen, dann pflegen solche Verträge kaum das Papier wert zu sein, auf dem sie niedergeschrieben sind.

Die kommende Reichsregierung

Wer wird Kanzler?

Löbe bei Hindenburg.

Die offiziellen Verhandlungen über die Bildung der neuen Reichsregierung können mit dem für Donnerstag vorgesehenen Besuch des bisherigen Reichstagspräsidenten Löbe bei dem Reichspräsidenten von Hindenburg als eröffnet betrachtet werden. Tatsächlich scheinen ernsthaftere Auseinandersetzungen hinter den Kulissen, die bei früheren Anlässen so viel Zeit verschlangen, ziemlich unterblieben zu sein, und so dürfte die Konzentration Hindenburgs mit Löbe der Weg zu schnellerer Erzielung der brennenden Frage unserer Innenpolitik eröffnen.

Wie wird das neue Kabinett aussehen und vor allen Dingen: wer wird Reichskanzler? Daß die Sozialdemokratie nach dem für sie günstigen Abschneiden bei der Wahl den leitenden Posten im Reichskabinett beansprucht, hat sie wiederholt und deutlich genug kundgegeben. Es werden zwar hier und da Rechnungen aufgestellt, nach denen bei Zusammenfassung aller Kräfte auch eine bürgerliche Mehrheit im Reichstagsrat der sozialistischen Parteien Paroli bieten könnte, aber unter Berücksichtigung der wirklichen Verhältnisse haben solche Rechnungen wenig praktische Bedeutung.

Die Kanzlerkandidaten.

Sowohl bei dem stärksten Linken der Parteien, bei den Deutschnationalen, wie bei den Mittelparteien scheint man sich nach Äußerungen von maßgebender Stelle mit dem Gedanken eines sozialdemokratischen Reichskanzlers abgefunden zu haben, zumal Marx nicht mehr die Absicht haben soll, den Wettbewerb um das Kanzleramt aufzunehmen. Er soll überhaupt kein Ministerium mehr übernehmen wollen. Wenn in diesem Zusammenhang im Falle des Zustandekommens der „Großen Koalition“ (Sozialdemokratie, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten), die ja wahrscheinlich ist, als Ersatz für Marx der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth genannt wurde, so läßt sich die Ernsthaftigkeit dieser Meldung im Augenblick kaum nachprüfen. Der Wirklichkeit näher steht wohl die Vermutung, daß einer der sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten, also entweder der preussische Ministerpräsident Braun, der ehemalige preussische Innenminister Severing oder der Abgeordnete Müller-Franken, der schon einmal Reichskanzler war, die Bildung der Regierung übernehmen wird. Was den Ministerpräsidenten Braun anbelangt, so heißt es allerdings, daß er die Leitung der preussischen Regierung unbedingt behalten werde und eine Personalunion mit dem Kanzleramt nicht in Frage komme.

Der Schacht-Prozeß.

Eine bemerkenswerte russische Äußerung.
Russische amtliche Stellen machen den Versuch, die Spannungen, die sich infolge des Schacht-Prozesses zwischen Rußland und Deutschland ausgehen haben, zu beseitigen. Das russische Blatt „Iswestija“, das oft als Sprachrohr russischer Regierungsstellen benutzt wird, betont in einem Artikel, daß in der Sowjetunion niemand daran denke, in diesem Prozeß die deutsche Industrie als solche zu verdächtigen. Auf der Anlagebank sehen nicht deutsche Industrielle oder Firmen, sondern nur einzelne deutsche Reichsbankangehörige, denen ungeschickliche Handlungen in Rußland vorgeworfen würden. Diese beachtenswerten Äußerungen sollen von dem Abteilungsleiter des Außenministeriums, Stein, stammen. Sie werden vielfach als ein Rückzug der russischen Anklagebehörden angesehen, die ja die Verhandlungen als eine große politische Sensation aufgejagen haben. Wie es heißt, soll man sich in Moskau über die Weiterführung dieses Prozesses nicht einig sein.

Erste internationale Arbeitskonferenz.

Eröffnung in Genf.

Die 11. Internationale Arbeitskonferenz wurde Mittwoch vom Präsidenten des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes, dem französischen Regierungsbelegierten Fontaine, mit einer Ansprache eröffnet, die in einem Rückblick auf das vergangene Jahr feststellte, daß die Internationale Arbeitskonferenz im Gesamtrahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit des Völkerbundes dazu beitrage, das internationale Pflichtgefühl und die Erkenntnis von der Bedeutung der sozialen Pflichten auch für das internationale Wirtschaftsleben zu erhöhen. Der argentinische Regierungsbelegierte, der frühere Justizminister Saavedra Lamaz, wurde zum Präsidenten der Arbeitskonferenz gewählt. Der neu gewählte Präsident erklärte in einer Ansprache, die Arbeitsorganisation könne mit Recht stolz darauf sein, daß mehr als 300 Nationen der internationalen Arbeitsabkommen bis jetzt beigetreten seien.

Im ganzen sind etwa 250 Delegierte und 300 Sachverständige zu der Tagung erschienen. Der deutschen Delegation gehören an als Regierungsvertreter der Präsident des Schlichtungs-Verwaltungsgerichts und Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Sozialreform, von Köstlin, Ministerialdirigent Weigert vom Reichsarbeitsministerium,

Das Zentrum fordert Stetigkeit.

Trotz ihrer nicht allzu erheblichen Schwächung bei den Wahlen nimmt die Zentrumspartei nach wie vor eine sehr ausschlaggebende Stellung bei den politischen Entscheidungen ein. Deshalb wird auch die neuerliche Äußerung des Zentralführers, der „Germania“, zu den Bemühungen um die Regierungsbildung sehr beachtet. Das Blatt schreibt:

Die neue Gruppierung der politischen Kräfte im Parlament und auch das Ansehen der deutschen Demokratie machen es zur unausweichlichen Pflicht aller an der Regierung beteiligten Parteien, eine stabile und stetige Politik zu sichern. Das deutsche Volk ist der sich häufenden Krisen satt. Es hat keinen fernlicheren Wunsch, als daß der neue Reichstag auch auf ihn gestützt, die neue Regierung sich zu der stetigen Führung auftraffe, die allein die vor uns liegenden großen Aufgaben meistern kann. Nichts wäre schlimmer für den Erfolg der deutschen Politik, als wenn der Reichstag von einer koalitionspolitischen Krise in die andere fiere. Denn dies müßte sich bei den eindeutigen Mehrheitsverhältnissen, die nicht in dem Maße wie früher ein Spiel mit Koalitionen gestatten, verhängnisvoll auswirken.

Bemerkenswert ist auch der Meinungsaustausch über das Gerücht, nach dem Deutsche Volkspartei und Demokraten eine engere Gemeinschaft für die Zukunft zwecks gemeinsamer Arbeit eingehen wollten. Von volksparteilicher Seite wird dazu festgestellt, derartige Wünsche seien nicht in der Volkspartei, sondern in der demokratischen Presse geäußert worden. Von der Volkspartei konnte dazu noch nicht Stellung genommen werden, weil die Fraktionen noch gar nicht zusammengetreten sind und ein demokratischer Antrag auch nicht vorliegt. Praktisch wäre es vielleicht, wenn alle bürgerlichen Parteien, die mit der Sozialdemokratie in eine Koalition gehen, unter sich engere Fühlung hätten.

Preussischer Landtag 8. Juni.

Wie man erfährt, hat die preussische Regierung die Absicht, den neugewählten Landtag auf Freitag, den 8. Juni, einzuberufen, wenn die amtlichen Feststellungen der preussischen Wahlergebnisse bis dahin abgeschlossen sind. Eine kurze Verschiebung soll immer noch möglich sein. Am dem Termin vom 8. Juni werde vorläufig festgehalten. Es soll möglichst so eingerichtet werden, daß der Landtag noch vor dem Reichstag zusammentritt, jedenfalls nicht an dem gleichen Tage.

In der ersten Sitzung wird zunächst auf die Dauer von vier Wochen der Präsident des Landtages gewählt werden, der nach Ablauf dieser Zeit befristet werden muß. Die zweite Sitzung würde die Regierungserklärung bringen, und zwar vertreten durch das bisherige unveränderte Kabinett, dem die Reuwaht ja gleichsam ein Vertrauensvotum brachte.

Urteil gegen Deutschland.

Kein Abzug von den Dawes-Zahlungen.

Das Internationale Schiedsgericht in Haag verhandelte Dienstag über den deutschen Antrag, die Gutachten der Reparationskommission aus dem Erlös veräußerten deutschen Eigentums von den Dawes-Zahlungen abzuziehen. Wenn der Gerichtshof zugestimmt hätte, wäre es der Reichsregierung möglich gewesen, den Kriegsschulden die gutgeschriebenen Summen sofort zugute zu lassen, da sie Erleichterung bei dem Rückzahlungswert infolge der Minderung der Jahreszahlungen gehabt hätte. Leider fiel das Urteil durchaus abweichend in bezug auf die deutschen Wünsche aus.

Das Urteil sagt: 1. Die Reinerlöse deutscher privater Güter, Rechte und Interessen, die von alliierten Mächten liquidiert und gemäß § 4 der Anlage zu Artikel 298 des Versailler Vertrages behandelt worden sind oder werden, sind auf die nach dem Sachverständigenplan zu leistenden Jahreszahlungen nicht anzurechnen. 2. Die Reinerlöse deutscher privater Güter, Rechte und Interessen, die von alliierten Mächten liquidiert worden sind oder werden, sind auf die von Deutschland nach dem Sachverständigenplan zu leistenden Jahreszahlungen nicht anzurechnen. 3. Die Zahlungen, welche die Stammschuld der Regierung in den Jahren 1925 und 1927 an die Reparationskommission geleistet hat, sind nicht auf die Jahreszahlungen anzurechnen.

Durch brennenden Teer schwer verletzt.

Berlin. Ein gefährlicher Dachstuhlbrand entstand in einem Hause im Norden der Stadt infolge Nachlässigkeit von Teer bei Dachdeckerarbeiten. Ein Klempnergehilfe, der die Feuerwehre alarmiert hatte, lehrte, um sein Handwerkszeug in Sicherheit zu bringen, noch einmal auf das Dach zurück, glitt aus und stürzte mit dem Gesicht in den brennenden Teer. Er erlitt erhebliche Brandverletzungen und wurde ins Krankenhaus gebracht. Der Brand, der beim Eintreffen der Feuerwehr bereits größeren Umfang angenommen hatte, konnte auf seinen Herd beschränkt werden.